Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 103 | **Dienstag, den 4. Mai 1920** | **48. Jahrgang**

Die zu schmale Basis.

Durch den leichten Sieg über Kapp und seine Helfershelfer ist der organisierten Arbeiterschaft erst voll zum Bewußtsein gekommen, welch bezwingende Waffe ihr durch den Generalstreik in die Hand gegeben ist. Das Bielefelder Abkommen, und insbesondere die Vereinbarungen von Münster, haben dann die mit dieser Waffe errungene Gewalt bis an die Grenze einer diktatorischen Gewalt erstarken lassen. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die organisierte Arbeiterschaft jetzt nahezu jede von ihr gestellte Forderung durchsetzen könnte. Jeden Augenblick wäre sie unter den jetzigen Verhältnissen in der Lage, ihre starke Hand an die Klinke der Gesetzgebung zu legen — — —

Aber Macht verpflichtet. Soll die errungene Gewalt nicht lediglich Mittel sein, neue Herren und neue Knechte zu schaffen, so liegt in der Ausübung dieser Macht eine schwere Verantwortung. Wehe, wenn sie mißbraucht wird.

Im Ruhrgebiet haben es die Arbeiterführer bereits am eigenen Leibe zu spüren bekommen, wie schwer es ist, Macht zu handhaben. — „Ihr Bonzen kommt auch bald an die Reihe — —!" hat man dort selbst unabhängigen Führern zugerufen, als sie schließlich die Bremsen anzuziehen wagten. Und tatsächlich ist eine gewisse Sorte von „Freiheitskämpfern" bereit gewesen, jeden als „Reaktionär" an die Wand zu stellen, der auch nur der Versuch machte, ihrem wüsten Treiben Einhalt zu gebieten. Bezeichnend für den Ernst der Situation mag die Tatsache sein, daß selbst Unabhängige vielfach von der Regierung ein sofortiges Einrücken der Reichswehr ins Ruhrkohlengebiet gefordert haben. —

„Soll nun wiederum die vielgeschmähte Reichswehr Ordnung schaffen?" so fragte Noske vor Jahresfrist die Arbeiter einer Stadt, die in ähnlichen Nöten zu ihm kamen. „Jawohl, Gustav!" war die Antwort, worauf Noske sie anschrie: „Schlappschwänze, helft euch selber!"

Für diese Selbsthilfe der Arbeiter ist es im Industriegebiet aber bereits vielfach zu spät gewesen. Die Reichswehr hat zupacken müssen, um der von Stunde zu Stunde zunehmenden Anarchie zu steuern.

Es soll hier nicht das Für und Wider der einzelnen Maßnahmen erörtert werden. Eines steht aber fest, auch der Generalstreik-Sieg der organisierten Arbeiterschaft wäre in eine fürchterliche Niederlage verwandelt worden, wenn die Reichswehr im entscheidenden Augenblick nicht als ordnungschaffende Macht auf dem Plan erschienen wäre. Die sich an kein Abkommen und keinen Befehl kehrenden Banden der Roten Armee würden auch die organisierten Arbeiter niedergetrampelt haben — zum wenigsten wäre es zu einem nicht endenwollenden Kleinkrieg gekommen, dessen Ausgang doch recht zweifelhaft gewesen wäre.

Daraus sollte man lernen. So wenig es unter Kapp-Lüttwitz allein mit Bajonetten und Maschinengewehren ging — ebensowenig kann auf die Dauer die Arbeiterschaft allein der Träger der Macht sein. Wer da glaubt, unser gesamtes Staats- und Wirtschaftsleben auf einer solch schmalen Basis aufbauen zu können, ist in einem gefährlichen Irrtum befangen. Nur eine breite Grundfläche, ein massiges Fundament vermag diesen gewaltigen Bau auf die Dauer zu tragen — sonst muß er nach kurzer Zeit wiederum zu einem wüsten Stein- und Schutthaufen zusammenkrachen.

Eben deshalb liegt in dem „Frieden von Münster" auch eine solche Riesengefahr verborgen: Er räumt den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten unbestritten gewaltige Vorrechte ein, während er der nichtorganisierten Bürgerschaft lediglich die Verpflichtung auferlegt, sich zu fügen und zu — bezahlen.

Man darf in solchen Situationen nicht in den leicht verhängnisvoll werdenden Fehler verfallen, die Bürgerschaft als völlig nebensächlichen Faktor aus der Gesamtrechnung fortlassen zu wollen. Zweifellos richtig ist, wenn man behauptet: Das Bürgertum schläft. Es schläft aber nur solange, als man nicht an seine Lebensinteressen rührt. Wenn es jedoch, von brutaler Hand gerüttelt, sich einmal zu gemeinsamer Wehr erheben sollte, dann ist seine Macht kaum geringer als die der organisierten Arbeiter. — Wo es bisher einmal auf eine Machtprobe angekommen ist, hat sich ein gemeinsamer Streik der Gewerbetreibenden, der Handwerksmeister und Fabrikanten, der Aerzte und Apotheker, der Geschäftsinhaber usw., dann geradezu katastrophaler Wirkung erwiesen.

Druck erzeugt Gegendruck. Und dieser von einer geeinigten Bürgerschaft ausgeübte Druck müßte von umso stärkerer Wirkung sein, da er einmal die Waffe des Angreifers wäre, zum anderen aber auch, weil er in dem augenblicklich bestehenden Regierungsblock zum wenigsten einen starken Riß erzeugen würde.

Noch ist die Gefahr gering, denn die Ereignisse scheinen das Bürgertum noch nicht wachgerüttelt zu haben. Sie erscheint aber zweifellos in dem Augenblick, wo die Arbeiterschaft versuchen sollte, ihre erkämpften Rechte lediglich für sich auszunutzen. Der Versuch einer Klassenherrschaft würde ebenso kläglich scheitern, wie der Kapp-Putsch für jeden Einsichtigen zum Scheitern verdammt war. Vielleicht würde diesmal mehr Zeit darüber vergehen — wahrscheinlich würde aber auch der Kampf ein noch grausigerer werden — —!

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich nicht zum ersten Male in einer Lage wie der augenblicklichen. Nach der Novemberrevolution 1918 war sie ebenfalls im Besitze großer Vorrechte gegenüber dem Bürgertum. Als damals — im Dezember — die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin zusammenkamen, um über die Form zu beraten, nach welcher die zukünftige Regierungsgewalt ausgeübt werden sollte, da entschieden sie sich mit erdrückender Mehrheit für die Demokratie. Aus diesem Beschluß, mit dem die Arbeitervertreter freiwillig alle diktatorische Macht aus den Händen gaben, entstand damals die Nationalversammlung, die ihrerseits die Verfassung schuf.

Wieder einmal sind wir vor die Entscheidung gestellt. Die nächsten Wahlen — vielleicht schon die nächsten Tage — werden diese Entscheidung bringen. Möge uns der Weg erspart bleiben, den das unglückliche Ungarn hat gehen müssen!

Die französische Militärherrschaft im Saargebiet.

Die französische Militärherrschaft im Saargebiet und die Stellungnahme der Regierungskommission hierzu beweist folgender Vorfall: Der verantwortliche Redakteur der „Sozialdemokratischen Volksstimme", Pherer, hatte anläßlich des Vormarsches der Franzosen nach Frankfurt einige scharfe Worte über den französischen Militarismus geschrieben. Infolgedessen wurde er zu dem Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets, dem Grafen Moltke, in dessen Eigenschaft als Justizminister, gebeten der ihm in schroffster Form, ohne irgend eine Rechtfertigung zuzulassen, aufforderte, mit namentlicher Unterzeichnung in der „Volksstimme" zu erklären, er nehme die über das französische Militär geschriebenen Worte als unwahr mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück. Ja oder nein, schloß der Justizminister. „Nein", antwortete Pherer mit Recht auf diese unerhörte Zumutung. Am anderen Tage begannen französische Gendarmeriepatrouillen nach Pherer zu fahnden, suchten zu wiederholten Malen das Parteibureau, die Redaktion, die Wohnung usw. auf, um ihn zu verhaften. Es soll nun ein Verfahren am Kriegsgericht gegen Pherer anhängig gemacht werden. Eingehende Besprechungen der Parteigenossen Pherers mit dem Kabinettschef sind im Gange. Trotz aller Vorstellungen von der Ungesetzlichkeit des Vorgehens der Regierungskommission und des französischen Militärs und der Hinweise auf die möglichen schweren Erschütterungen, gab die Regierungskommission folgenden Bescheid: Die Regierungskommission erklärt sich an dem Fall Pherer für desinteressiert und überläßt dem Militärbefehlshaber volle Handlungsfreiheit und die damit verknüpfte Verantwortung. Der Saar-Presseverband hat sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt und ausdrücklichen Protest gegen den sonderbaren Standpunkt der Regierungskommission erhoben.

Ein französischer Idealist.

In dem Pariser Blatt L'Action française Nr. 83 vom 23. März dieses Jahres finden sich die folgenden Sätze:

Die Sicherheit, die wir erhoffen konnten von einem Zerfall der Gebietseinheit Deutschlands und die uns von den Herren Wilson und Tardieu entrissen wurde, diese — übrigens bedingte — Sicherheit kann uns nun der Zerfall der sozialen Einheit Deutschlands bringen. An uns ist es, diese unverhoffte Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen ... Ich gestehe, daß ich jeden Morgen mit einer gewissen Wollust die Zahlen der Bolschs genieße, die im Ruhrgebiet, in Stuttgart und Berlin ins revolutionäre Jenseits hinübergegangen sind. Ich glaube zwar nicht bösartig zu sein, aber je mehr es beim Erbfeind brennt, je mehr man sich dort totschlägt, um so zufriedener bin ich ... Das Ideal wäre, wenn über dem Rhein 30 Millionen reaktionäre Deutsche ein, zwei oder gar drei Jahrhunderte lang mit 30 Millionen revolutionären Deutschen in Fehde lägen, einander den Hals abschnitten, sich erwürgten, sich von nah und fern bombardierten, sich die Eingeweide aus dem Leibe rissen und das Hirn aus dem Kopfe im Namen Luthers, Spartakus', Wilhelms II., Noskes, Wagners, Nietzsches, Lettow-Vorbecks, Ludendorffs, Hindenburgs, wenn sie Moabit, Charlottenburg, München, einige Stadtviertel von Dresden, Stettin und Nürnberg in Brand steckten, sich einander brühen, rösten schmoren würden mit oder ohne Wurst und andre Delikatessen und sich gegenseitig auffräßen. Dieser Nachtrag zum Versailler Frieden würde mich freuen. Ordnung in Frankreich Unordnung in Deutschland das ist — der arme Präsident Wilson möge es nicht übelnehmen — trotzdem ein Programm des Heils.

Diese wüste Prosa ist mit vollem Namen unterzeichnet: Leon Daudet, Deputé de Paris.

Zum polnischen Vormarsch in der Ukraine.

Zu dem polnischen Vormarsch in der Ukraine schreibt die „Prawda": Die polnischen Imperialisten weigern sich hartnäckig, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die polnische Regierung ist ein Bündnis mit Petljura gegen Rußland und die Ukraine eingegangen, um sich der Provinzen Wolhynien, Podolien und Kiew zu bemächtigen. Der polnische Vorstoß muß schon im Anfang gebrochen werden, andererseits werden die Truppen in Sowjetrußland von neuem der Herrschaft der polnischen Weißgardisten ausgeliefert. — Wie dem „Katalanzeger" zuverlässig mitgeteilt wird, soll die polnische Armee jetzt in Kiew einmarschiert sein.

Den englischen Blättern zufolge hat die Sowjetregierung einen Aufruf an die Arbeiter, Landleute und die Roten Soldaten gerichtet, in dem es heißt: Sowjetrußland, welches Denikin, Koltschak und Judenitsch bestegt hat, ist imstande, mit Feuer und Stahl den polnischen Pans und denen die hinter ihnen stehen zu beweisen, daß die Zeit, wo die russischen Arbeiter wehrlos waren, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Grundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in den Straßen aller Hauptstädte der Erde widerhallt. — Die Westminster Gazette schreibt dazu: Keiner der neugeschaffenen Staaten braucht den Frieden dringender als Polen. Die Alliierten mögen ihren Einfluß dazu verwenden, den Krieg sobald wie möglich zu beendigen. — Die Daily News nennt den Krieg verbrecherisch. Die Alliierten sollten der polnischen Regierung keine Kredite und keine Unze für Kriegsmaterial geben. Der Völkerbundsrat müsse zusammengerufen werden. — Die Times sieht in dem polnischen Vorgehen nur einen Akt der Selbstverteidigung.

Zu schweren Ausschreitungen

kam es Sonntag zwischen Beerenhof und Bismarckhütte. Ein von einer polnischen Demonstration heimkehrender Trupp begegnete einer größeren Anzahl Ausflügler. Die Demonstranten riefen: „Es lebe Polen" und schwenkten die mitgeführten polnischen Fahnen, worauf ein Mandolinenspieler das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles" spielte. Die übrigen Spieler stimmten in das Lied ein. Infolgedessen kam es zwischen den Bauernburschen und den Mandolinenspielern zu einer Schlägerei, wobei letztere mit schweren Eisenstöcken verprügelt wurden.

In Oppeln hat die überaus erregte Haltung der deutschen Bevölkerung, die auch gestern anhielt, die polnischen Vertreter der Abstimmungskommission, sowie das polnische Konsulat veranlaßt, abzureisen. Nur unter dem Schutz französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenweg zu verlassen, da sich bereits eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt hatte, die eine überaus drohende Haltung gegen die polnischen Agitatoren einnahm. In Oppeln waren gestern die Zeitungen und die Geschäfte der Großpolen geschlossen. Das polnische Konsulat wurde unter den Schutz französischer Truppen gestellt. Die Räume desselben waren am Sonntag, als sie von der Menge gestürmt wurden, mit Gas angefüllt. In allen Stadtteilen kam es auch gestern zu blutigen Zwischenfällen. In der Rosenberger Straße wurde ein Pole, der auf die Bevölkerung geschossen hatte, erschossen.

Im Beuthener Gerichtsgefängnis forderten einzelne Strafgefangene, die wegen des Richterstreikes nicht abgeurteilt werden konnten, daß sie sich an die interalliierte Kommission wenden dürften mit dem Ersuchen, daß die deutsche Justiz wieder eingesetzt werde. Da dem Verlangen nicht sofort stattgegeben wurde, zerstörten die Gefangenen die Einrichtungen der Zellen und schossen (!!) aus den Fenstern. Die Sicherheitspolizei, die sofort eingriff, machte von den Schußwaffen Gebrauch und stellte im Gefängnis die Ruhe wieder her. Vor dem Gefängnis sammelte sich eine große Menschenmenge an. Darunter befindliche Polen nahmen eine drohende Haltung gegen die Sicherheitspolizei ein und sympathisierten mit den Gefangenen, die aus den Fenstern riefen. Nachmittags zog eine französische Wache vor dem Gefängnis auf.

Tagesereignisse.

— **(Die Hoffnung auf Spaa.)** In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Az Est" äußerte sich der deutsche Reichsminister des Aeußern Dr. Köster u. a. wie folgt: Wir gehen nach Spaa in der Hoffnung, daß mit den dortigen Besprechungen eine neue Aera anfangen wird, in der durch gegenseitiges Verstehen und Würdigung der gegenseitigen Lebensmöglichkeiten und wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles in die dem allgemeinen Interesse dienenden richtigen Bahnen geführt wird. Die Erreichung dieses Zieles setzt aber unbedingt voraus, daß alle Hindernisse aus dem Wege geräumt sind, die dem nationalen Empfinden jedes Volkes, das noch etwas auf sich und seine Ehre hält, tödliche Wunden zu schlagen geeignet sind. Daher hoffe ich, daß mit der Räumung des Maingaues nunmehr baldigst der erste Schritt zur beiderseitigen Verständigung getan wird. Die dazu notwendigen militärischen Umgruppierungen werden von uns schleunigst ausgeführt werden.

— **(Neuer Ueberfall schwarzer Truppen auf deutsche Frauen.)** In der Nähe des Güterbahnhofes Saarbrücken haben am Freitag schwarze Truppen wiederum zwei Frauen überfallen und sie in Baracken geschleppt. Auf die Hilferufe eilten in der Nähe befindliche Polizisten herbei, die von den Marokkanern mit Erschießen und mit dem Bajonett bedroht wurden. Die Haupttäter ergriffen die Flucht, als französische Gendarmen hinzukamen. Es ist innerhalb einer Woche der vierte Fall in Saarbrücken, daß Negersoldaten Ueberfälle auf Einwohner der Stadt verübten.

— **(Eine imposante Kundgebung für das Deutschtum.)** In Breslau fand vor der Jahrhunderthalle eine Riesenkundgebung abstimmungsberechtigter Oberschlesier statt. Der erste Redner übermittelte die Grüße der heimattreuen Oberschlesier aus ganz Deutschland, deren Begeisterung er auf seinen Werbereisen kennen gelernt habe. In einer Entschließung an den Reichskanzler wurde Protest gegen die einseitige Begünstigung der Polen durch die Kommission, insbesondere gegen die Ausweisungen, erhoben. An die Nordmark wurde eine Begrüßungsdepesche gesandt.

— **(Hindenburg zum Landfrieden.)** Generalfeldmarschall von Hindenburg schreibt in der neuen, dem Wiederaufbaugebiet gewidmeten Zeitschrift „Der Landfried" (Kyffhäuser-Verlag, Berlin W 50) zum Landfrieden: „Dem Frieden im Lande zu dienen, für ihn zu schaffen, für ihn mit allen Mitteln des Geistes zu arbeiten, erachte ich als eine der ersten und vornehmsten Aufgaben jedes Deutschen. Denn solange unser ohnmächtiges Volk sich im Kampfe der Parteien, Gruppen und Stände zerreißt, wird es den Grundstein zum Wiederaufbau nicht festlegen können. Aus dem Innern heraus muß es dieser Erkenntnis entgegenreifen, damit jeder Einzelne durch die Kraft seiner Ueberzeugung für Ordnung, Zucht und Sitte in seiner Familie und seiner Heimat wirkt. Der Urquell unserer Wiedergesundung liegt in der Familie. Im Wandel der Jahrhunderte hat uns diese Quellkraft noch immer wieder nach oben gebracht. Lernen wir sie auch in dieser dunklen Zeit entdecken und erschließen."

— **(Das Recht der freien politischen Ueberzeugung!)** In einer Versammlung der Ministerialgruppe des Berufsvereins höherer Verwaltungsbeamten wurde nachfolgende Entschließung gefaßt: „Die Ministerialgruppe des Berufsvereins höherer Verwaltungsbeamten hat aus unwidersprochen gebliebenen Pressenachrichten davon Kenntnis erhalten, daß im Preußischen Finanzministerium zwei bewährte auf dem Boden der Reichsverfassung stehende Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, nachdem sie dem Minister gegenüber das Recht der freien politischen Ueberzeugung in Anspruch genommen hatten. Eine Maßregelung aus solchem Anlaß verletzt eines der wichtigsten den Beamten durch die Reichsverfassung gewährleisteten Rechte.

Die heutige Versammlung der Ministerialgruppe erhebt hiergegen einmütig nachdrücklichen Einspruch. Weitere Schritte bleiben vorbehalten."

— **(Reichstagskandidaten.)** Die Demokraten stellten im Wahlkreis 19, Westfalen-Nord, an erster Stelle Oberbürgermeister Dominikus-Berlin-Schöneberg auf. An zweiter Stelle steht Professor Dr. Neumann-Hofer-Detmold, an dritter Stelle Landwirt Krömer-Levesen bei Stadthagen. Die Unabhängigen des Bezirks Arnsberg stellen auf: Konrad Ludwig, Hagen i. W., Heinrich Teuber, Bochum, Walter Oeltinghaus, Milspe, Adolf Eckardt, Dortmund, Frau Anna Nemitz, Berlin, Heinr. Pieper, Dortmund usw.

— **Der Stahlwerkerverband** ist vom Reichswirtschaftsministerium dahin verständigt worden, daß nicht die Absicht besteht, den Stahlwerksverband über den 1. Mai d. J. hinaus zu verlängern. Die Aktiengesellschaft des Stahlwerksverbandes bleibe dagegen bestehen.

— **Bessere Getreidebelieferung Bayerns.** Die Blätter stellen übereinstimmend als erfreulichstes Ergebnis der Berliner Verhandlungen des bayerischen Landwirtschaftsministers Wutzhofer fest, daß Bayern sofort Getreide für seine Brotversorgung erhält und daß Bayern von jetzt ab den achten Teil aller vom Reich eingekauften Lebensmittel bekommen soll. Als begrüßenswerter Erfolg wird auch bezeichnet, daß Berlin und München in Zukunft in allen Fragen des Ernährungswesens zusammengehen werden, und daß bereits in dieser Woche Ernährungsminister Hermes sich nach Berlin begeben wird.

— **(Tagung der Ostafrikaner.)** Der Afrikanerverband, bestehend aus den von den Engländern aus Deutsch-Ostafrika ausgewiesenen Pflanzern, Ansiedlern und Gewerbetreibenden hielt in Berlin seine erste konstituierende Versammlung ab. Im Verlaufe der Tagung kam die allgemeine Entrüstung zum Ausdruck über die Verzögerung in der Abgeltung der im Januar d. Js. bewilligten Vorschüsse auf Kriegsschäden in den Kolonien. Man ist sich darüber klar, daß, wenn nicht baldigst Beschleunigung in der Auszahlung eintritt, der wirtschaftliche Ruin der um eine neue Existenz ringenden Kolonialdeutschen unausbleiblich ist. Die Versammlung appellierte an die maßgebenden Stellen, sich von jeder Engherzigkeit freizumachen und der in Not geratenen Kolonialdeutschen zu gedenken.

— **Bei den Straßendemonstrationen** in Paris am 1. Mai sind nach amtlicher Feststellung 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden. Nach einer Blättermeldung wurden vier Personen getötet. Gegen zwei sozialistische Abgeordnete ist die Strafverfolgung wegen Widerstandes gegen die bewaffnete Gewalt eingeleitet.

— **(Der allgemeine 8-Stundentag in Amerika undurchführbar.)** Aus Washington wird gemeldet: In der letzten Sitzung der außerordentlichen Session des Parlaments bestätigte die Regierung die in sozialistischen Blättern veröffentlichten Berichte, daß sie es für undurchführbar halte, den auf dem Washingtoner Arbeitskongreß geforderten Achtstundentag allgemein ein[illegible]

7. preußische Generalsynode.

Die letzte Vollsitzung der außerordentlichen Tagung erledigte zunächst die zweite Lesung der kirchlichen Wahlgesetze, die nach einer die Abstimmung der Konfessionellen Gruppe motivierenden Erklärung des Syn. v. Seherr-Thoß die Annahme der Vorlagen ergab. Aus Anlaß des in den Gesetzen vorgesehenen Ueberganges des landesherrlichen Kirchenregiments an die Organe der Kirche verliest der Präsident eine Erklärung, in der der bisherige Träger des Kirchenregiments, der Hohenzollern, und ihres durch 400 Jahre bewährten segensreichen Wirkens für die evangelische Kirche Preußens und insbesondere des warmen Anteils dankend gedacht wird, den der letzte Träger dieses Regiments an ihren Geschicken genommen hat. — Im Anschluß an die Annahme des Gemeindewahlgesetzes wird ferner eine von führenden Persönlichkeiten aus sämtlichen in der Synode vertretenen Gruppen unterzeichnete Erklärung über die Stellung der Kirche zu den politischen Fragen verlesen: „Die angenommenen Gesetze bahnen den Weg zu der staatsfreien Volkskirche, die ihren Gliedern und dem ganzen deutschen Volk in seinen sittlichen und religiösen Nöten, im Kampf der Weltanschauungen und der wirtschaftlichen Gegensätze mit dem Evangelium von Christo im Sinn und Geist der Reformation dienen will.

Um dieser Aufgabe willen steht die Kirche ihrem Wesen und ihrem Willen nach außerhalb des politischen Parteilebens.

Wie sie sich dagegen verwahrt, daß der Staat in die innerkirchliche Ordnung eingreift, so empfindet sie es nach ihrem eigenen Wesen als selbstverständliche Pflicht, in keiner Weise einen Einfluß auf den politischen Aufbau des Staates in Verfassungs- und Wirtschaftsformen zu versuchen.

Demgemäß haben die Diener der Kirche, bei aller Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, in erster Linie das Amt am Wort für Volk, Gemeinde und einzelnen einzurichten. Das Recht des Gemeindegliedes in der evangelischen Kirche und sein Anspruch auf den Dienst der Kirche wird durch die Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei in keiner Weise berührt."

Den Hauptgegenstand der Sitzung bildet das Verhältnis der Kirche zur Schule. Ueber das Ergebnis der Ausschußverhandlungen berichtet zunächst Syn. Dr. Schlüter. Als besonders bedeutsam hebt er nach einem Rückblick auf die Entwickelung der Schulfrage seit der Revolution den Deutschen Evang. Kirchentag zu Dresden hervor (September 1919), der sich in ausführlichen programmatischen Erklärungen über die Erhaltung des evang. Religionsunterrichts in den Schulen geäußert hat. Der Ausschuß bittet, daß sich auch die Gen.-Syn. zu dem Dresdner Programm bekennen möchte. Weiter sei es eine Gewissenspflicht der Kirche, für die Wahrung der evangelischen Erziehung unserer Jugend sich mit aller Kraft einzusetzen. Zu diesem Zweck hat die Kirche unter Zuziehung von Schulmännern auch an der Gestaltung des evang. Religionsunterrichts in den Schulen jeder Art mitzuwirken und deshalb auch von dem Zustande dieses Unterrichts die erforderliche Kenntnis zu nehmen. Nachdrücklich sei zu betonen, daß der Charakter der evang. Bekenntnisschule, wie sie nach Art. 146 der Reichsverfassung auf Antrag der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden darf, nur dann gewahrt sei, wenn ausschließlich evang. Lehrer an ihr tätig sind. Bezüglich der Elternbeiräte sei zu wünschen, daß die Bestimmungen nicht wie bisher geschehen durch Verordnungen, sondern auf dem Wege der Gesetzgebung.

Der zweite Berichterstatter, Syn. D. Meinhold weist auf die Schwierigkeiten hin, denen man entgegengehe. In jedem Falle aber ist zu fordern, daß die Schule für den von der Kirche zu veranstaltenden Unterricht Zeit und Räume gewährt, daß dazu vorbereitete und willigen Lehrern das Recht gesichert wird, diesen Unterricht im Auftrage der Kirche zu übernehmen, daß die Teilnahme an diesem Unterricht die Schüler von der Teilnahme an einem etwaigen Moralunterricht der Schule entbindet. Für die Ausbildung der Ersatzkräfte, die an die Stelle der Lehrer treten müßten, kämen Brüderanstalten, Frauenschulen und ähnliche Anstalten in Frage; die Diakonissenanstalten sollten weitere Verwendungsmöglichkeiten erhalten.

Schließlich kommt die Frage des Konfirmandenunterrichts zur Sprache, über dessen zeitliche Lage im Verhältnis zum Schulunterricht durch Verhandlungen zwischen Oberkirchenrat und Ministerium Regelung getroffen ist. Bei allem Entgegenkommen gegen die Schule dürfen dabei die Lebensinteressen der Kirche nicht beeinträchtigt werden.

Der dritte Berichterstatter des Ausschusses, Syn. D. Zoellner, beschäftigte sich eingehend mit dem Verhältnis zwischen Lehrer und Pfarrer. Ein verständnis- und vertrauensvolles Zusammenarbeiten sei gerade in unserer Zeit besonders notwendig.

Zur sog. geistlichen Schulinspektion erklärte der Redner: „Wir denken nicht daran, auf irgend einem Umwege wieder irgend etwas einzuführen, was den einzelnen Pastoren eine Stellung den Lehrern gegenüber gibt, wie sie in den Zeiten der staatlichen Ortsschulinspektion bestanden hat." (Lebh. Zustimmung.) In der folgenden, sehr eingehenden Aussprache, an der sich neben Pfarrern auch Lehrer aller Schulgattungen beteiligten, kam man zu demselben Ergebnis. Der Religionsunterricht, so führte u. a. Geh. Rat Burghart aus, bleibt ordentliches Lehrfach der Schule. Fehlt es an Lehrkräften, so ist es nicht in erster Linie Aufgabe des Geistlichen, helfend einzutreten, sondern Aufgabe des Staates. Um unserer Volksexistenz und der Höhenlage unseres Volkes willen ist der Religionsunterricht eine Angelegenheit des Staates. (Lebh. Beifall.) Einmütig bekannte sich die Synode zu den Sätzen des Dresdener Schulprogramms. — Der Schluß der Versammlung gestaltete sich nochmals zu einem Höhepunkt. Durch die Ansprachen der Präsidenten Winckler, D. Moeller, D. Lahusen klang einmütig der Dank für das in harmonischer Arbeit Erreichte, die Hoffnung auf das Erstehen einer freien Volkskirche und das Vertrauen auf die im evangelischen Volk lebendigen Kräfte für ihren Aufbau.

Aenderung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist im Reichsarbeitsministerium der Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelnden IV. Buches der Reichsversicherungs-Ordnung fertiggestellt.

Während bisher fünf Lohnklassen bestanden, deren höchste einen Jahresarbeitsverdienst von 1150 Mark und mehr umfaßte, sind jetzt acht Lohnklassen vorgesehen, und zwar bis 550 Mark, von mehr als 550 bis 850 Mark, von mehr als 850 Mark bis 1150 Mark, von mehr als 1150 bis 2000 Mark, von mehr als 2000 bis 3000 Mark, von mehr als 3000 bis 4000 Mark, von mehr als 4000 bis 5000 Mark und mehr als 5000 Mark. Die Wochenbeiträge für diese Lohnklasse werden voraussichtlich betragen: 100, 110, 120, 140, 160, 180, 200, 240 Pfennig.

Entsprechend den erhöhten Beiträgen sind wesentlich erhöhte Leistungen vorgesehen. So würde zum Beispiel ein Versicherter, der 2000 Beiträge in derjenigen Lohnklasse entrichtet hat, welche einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 bis 2000 Mark entspricht, im Falle der Invalidität eine jährliche Rente von 710,40 Mark erhalten. Die invalide Witwe eines solchen Versicherten erhielte 314,40 Mark an jährlicher Rente und jede Waise 157,20 Mark. Nach dem bisher geltenden Gesetze hätte nur eine Invalidenrente von 390,00 Mark, eine Witwenrente von 152,40 Mark, eine Waisenrente von 78,20 Mark gewährt werden können. Die frühern Renten sind dadurch erhöht worden, daß die bisherigen Zulagen dauernd belassen werden. Neue Zulagen von monatlich 4 Mark sind für die bisher gewährten Waisenrenten eingeführt.

Der Aufbau neuer Lohnklassen führte notwendig zur Prüfung der Frage, ob die Angestellten, die bisher bei einem Einkommen bis zu 2000 Mark auch von der Invalidenversicherung erfaßt werden, weiter in ihr verbleiben sollen. Der Entwurf hat diese Frage dadurch gelöst, daß er die Angestellten künftig nicht mehr zwangsweise der Invalidenversicherung unterwirft. Damit soll jedoch der endgültigen Entscheidung der Frage nicht vorgegriffen werden, ob überhaupt die Angestelltenversicherung als besondere Versicherungszweig aufrechtzuerhalten ist. Neu eingezogen sind in die Invalidenversicherung die Hausgewerbetreibenden, von denen bisher nur die der Tabakindustrie und einiger Zweige der Textilindustrie versichert waren.

Von sonstigen Neuerungen seien folgende hervorgehoben: Die nur gegen freien Unterhalt Beschäftigten werden der Pflichtversicherung unterworfen, das Ruhen von Renten neben höhern Renten der Unfallversicherung wird beseitigt. Ferner werden der Bezug der Witwenrente neben der Rente der Witwe aus einer Versicherung und die Gewährung doppelter Renten an Doppelwaisen, wenn Vater und Mutter versichert waren, zugelassen. Bei Doppelleistungen soll aber der Reichszuschuß nur einmal gewährt werden. Das Witwengeld und die Waisenaussteuer, die nur einem kleinen Teil der Versicherten geringe einmalige Leistungen zugeführt haben, sowie die nur ganz geringfügig beanspruchte freiwillige Zusatzversicherung sollen beseitigt werden. Der Entwurf sieht ferner vor, daß die Instanzen der Invalidenversicherung an Entscheidungen der Instanzen der Unfallversicherung und Militärversorgung, die Renten von über 66⅔ v. H. zugesprochen haben, gebunden sind und mildert besonders die Vorschriften über den Verlust der Anwartschaft. Eine grundsätzliche Aenderung in dem Ausbau der Invalidenversicherung und die Frage ihrer Zusammenlegung mit andern Versicherungszweigen überläßt der Entwurf der kommenden Umgestaltung der gesamten Reichsversicherung.

(Ausschneiden und aufheben!)

Die neuen Postgebühren

treten am 6. Mai in Kraft. Die nachstehende Zusammenstellung gibt über die neuen Sätze Klarheit:

Briefe (Orts- und Fern-) bis zu		
20 Gramm	40	Pfg.
über 20—250 Gramm	60	„
Postkarten (Orts- und Fern-)	30	„
Drucksachen bis 50 Gramm	10	„
über 50—100 Gramm	20	„
über 100—250 Gramm	40	„
über 250—500 Gramm	60	„
über 500 Gramm bis 1 Kilogramm	80	„
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	40	„
über 250—500 Gramm	60	„
über 500 Gramm bis 1 Kilogramm	80	„
Warenproben bis 250 Gramm	40	„
über 250—500 Gramm	60	„
Mischsendungen bis 250 Gramm	40	„
über 250—500 Gramm	60	„
über 500 Gramm bis 1 Kilogramm	80	„
Päckchen bis 1 Kilogramm	1	Mk.

Pakete	Nahzone	Fernzone
bis 5 Kilogramm	1,25 Mk.	2,00 Mk.
über 5—10 Kilogramm	2,50 „	4,00 „
über 10—15 Kilogramm	5,00 „	8,00 „
über 15—20 Kilogramm	8,00 „	12,00 „

Für dringende Pakete wird die dreifache Gebühr, für Sperrstücke ein Zuschlag von 100 v. H. erhoben. Sperrige dringende Pakete sind vom Sperrgutzuschlag befreit.

Wertsendungen. Außer der Einschreibegebühr wird erhoben eine Versicherungsgebühr bei Wertbriefen für je 1000 Mark Wertangabe 1,00 Mk.

Wertpaketen bis 500 Mark	1,00	„
über 500—1000 Mark	2,00	„
über 1000 für je 1000 Mark oder einen Teil davon	2,00	„
Postanweisungen bis 50 Mark	0,50	„
über 50—250 Mark	1,50	„
über 500—1000 Mark	2,00	„

Telegramme. Wortgebühr für Orts- und Ferntelegramme 20 Pfg., mindestens 2 Mk.

Die erhöhten Auslandsgebühren und die Nebengebühren der Post sind jetzt vom Reichspostminister festgesetzt worden. Sie treten ebenfalls am 6. Mai in Kraft. Der Auslandsbrief kostet bis zu 20 Gramm 80 Pfennig, je weitere 20 Gramm 60 Pfennig, Postkarten 40 Pfg., Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen je 50 Gramm 20 Pfg., Geschäftspapiere mindestens 80 Pfg., Warenproben mindestens 40 Pfennig, ebenso Mischsendungen.

Fast 263 Millionen Mk. aus dem Verkehr verschwunden.

Auf eine Vorstellung wegen des drückenden Mangels an Kleinmünzen hat der Reichsfinanzminister der Handelskammer in Berlin erwidert, sechs deutsche Münzstätten seien bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit der Prägung von 50, 10 und 5 Pfennigstücken beschäftigt. Sie hätten in den 5 Monaten von November 1919 bis März 1920 rund 15,6 Mill. in 50 Pfg.-, 8,2 Millionen in 10 Pfg.- 4,3 Mill. in 5 Pfg.-Stücken geprägt. Die Prägungsergebnisse würden unverzüglich dem Reichsbankpräsidium bereitgestellt und die Münzen von ihm in den Verkehr geleitet. Die Prägung würde auch jetzt mit allen Mitteln fortgesetzt. Nach der letzten, Ende März abgeschlossenen Uebersicht waren geprägt worden und konnten nach den Wiedereinziehungen noch im Umlauf sein: rund 162,4 Millionen Mark in 50 Pfg.-Stücken aus Silber, 64,5 Millionen Mark in 10 Pfg.-Stücken und 35,8 Millionen Mark in 5 Pfg.-Stücken aus Nickel. Diese fast 263 Millionen Mark in Silber- und Nickelmünzen sind aber bekanntlich so gut wie völlig aus dem Verkehr verschwunden. Dazu kamen noch 25,6 Millionen Mark in 1 und 2 Pfg.-Stücken aus Kupfer, welche das gesamte verschwundene Kleinmünzmaterial auf reichlich 288 Millionen Mark steigern. Die Ersatzprägungen betragen ebenfalls bis März 1920 in Mill. Mark: 50 Pfg.-Stücke aus Aluminium 16,3, 10 Pfg.-Stücke aus Zink 48,2, desgl. aus Eisen 22,1, endlich 5 Pfg.-Stücke aus Eisen 46,7, zusammen 133,2 Millionen Mark; also noch bei weitem nicht die Hälfte der verschwundenen Münzenmenge. Das Defizit schaffen hauptsächlich die 50 Pfg.-Stücke. Scheidet man diese Münzsorte aus, so ergibt sich für die Münzen von 10 Pfg. abwärts ein Umlauf von 117 Mill. Mark jetzt gegen 162 Millionen Mark früher.

Westfalen und Rheinland.

Dortmund, 4. Mai. Die Münstheuer Diebesbande Peter Pivolinski und Genossen stand bereits Ende März vor der Strafkammer. Die Verhandlung war bis zur Urteilsberatung gediehen, als ein Richter erkrankte und sich infolgedessen die Notwendigkeit ergab, die Sache nochmals zu verhandeln. Es sei kurz wiederholt: Die auf der Zeche „Werne" arbeitenden Bergleute Peter Pivolinski, Josef Wradetzki jr., Johann Wrobel, der inzwischen verstorbene Reh und Franz Pivolinski in Münthe hatten sich zusammengefunden, um Diebstähle zu verüben. Die ersten vier stahlen im März v. Js. dem Pfarrer Goßlich 20 Hühner, Peter Pivolinski und Wradetzki im Juni den Bergleuten Schmidt, Prinster u. Batkowiak 25 Kaninchen, diese beiden und Reh im Oktober dem Bergmann Kollecki ein Fahrrad, dieselben mit Franz Pivolinski im Oktober der Gemeinde 14 Stühle, Peter Pivolinski und Wradetzki im April aus dem Lebensmittellager der Gemeinde Münthe 500 Eier, 102 Pfund Schinken, 50 Pfund Nudeln, 21 Pfund Margarine, 6 Pfund Butter, 56 Pfund Bohnen und Erbsen, diese beiden mit Franz Pivolinski im Oktober dem Bergmann Pankonde 6 Kopfkissen, 2 Handtücher und Leibwäsche. Peter Pivolinski, Wradetzki, Wrobel und die zum Mitgehen von ihrem Ehemann Peter gezwungene Christine Pivolinski vom Acker des Landwirts Rehbock 9 Zentner Kartoffeln, die auf einer an der Chaussee „gefundenen" Karre des Bergmanns Pankonde heimgefahren wurden, endlich Wradetzki und Franz Pivolinski der Zeche Werne zwei Pakete Sprengstoff und zwei Pakete Sprengkapseln, um damit zu fischen. Der alte Josef Wradetzki hat sich, weil er den Verbrauch der von seinem Sohne heimgebrachten gestohlenen Sachen in seinem Haushalt geduldet hat, der Hehlerei schuldig gemacht. Das Urteil lautete gegen Peter Pivolinski auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Josef Wradetzki jr. auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Johann Wrobel auf 4 Monate 3 Wochen Gefängnis, gegen Franz Pivolinski auf 6 Monate Gefängnis, gegen die Ehefrau Christine Pivolinski auf 3 Tage Gefängnis wegen schweren bezw. einfachen Diebstahls, gegen Josef Wradetzki sen. auf 4 Monate Gefängnis wegen Hehlerei.

*

Graf Westerholt ermordet!

(W) Münster, 4. Mai. Der Münsterische Anzeiger meldet aus Haltern: Freiherr von Westerholt-Gysenberg auf Schloß Sythen, der gestern vor dem Kriegsgericht in Münster als Zeuge gegen den wegen Plünderung des Schlosses Sythen angeklagten Rotgardisten Susan auftreten sollte, wurde gestern morgen etwa eine Stunde von Sythen entfernt im Freien ermordet aufgefunden. Bereits vor einiger Zeit war ihm angekündigt worden, daß ein Preis von 20 000 Mark von Seiten der Roten Armee auf seinen Kopf gesetzt sei.

Zur Ermordung des Freiherrn v. Westerholt wird aus Bochum noch gemeldet: Freiherr v. Westerholt hatte am Samstag abend seinen gewohnten Spaziergang durch die Parkanlagen seiner Besitzung angetreten. Plötzlich wurde er von 5 bis 6 Kerlen überfallen, die ihn niederschlugen und auf ihn einschossen. Die Leiche des Ermordeten konnte erst gestern früh im Walde gefunden werden. Die Untersuchung ergab, daß der Tod durch ein Dum-Dum-Geschoß verursacht worden ist, das Kopf und Hals des Freiherrn zerschmettert hat. Man nahm zuerst an, daß Wilderer als Täter in Betracht kämen. Diese Annahme hat sich aber als unwahrscheinlich erwiesen. Es liegt vielmehr der bestimmte Verdacht dafür vor, daß der Freiherr der Rache der Rotgardisten zum Opfer gefallen ist.

*

Außerordentliches Kriegsgericht Münster.

Münster, 4. Mai. Zwei Stunden Dienst hat der Bergmann Kelch, ohne dabei Böses zu ahnen, in der Roten Armee getan. Der Bürgermeister von Werne sah ihn, wie er Wache schob und meinte, das sei doch wohl nichts für ihn. Kelch nahm sich die Worte so zu Herzen, daß er die „Flinte ins Korn warf" und nach Hause ging. Auch nach der Sitzung durfte er nach Hause gehen, denn es wurde gegen ihn auf Freispruch erkannt. Seine beiden Mitangeklagten, die Bergleute Josefs und Skuby, ebenfalls aus Werne a. d. Lippe, die auch so gaust mit den Haaren in die Rote Armee hineingezogen worden waren, erhielten je 6 Monate Gefängnis, weil sie sich nicht so schnell von der Roten Armee trennten. — Eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten erhält der Bergmann Lisanowsky aus Werne a. d. Lippe, der von zwei Rotgardisten aus der Wohnung geholt wurde. Trotzdem er nur widerwillig mitging und Sanitätsdienst verrichtete, konnte er nicht straffrei ausgehen und wurde mit 9 Monaten bedacht. — „Mitgegangen, mitgefangen, der muß auch mit hangen", das konnte man von den elf Bergleuten aus Bergkamen sagen, die sich alle mehr oder weniger der Teilnahme am Aufruhr schuldig gemacht haben. Es waren blutjunge Menschen unter ihnen, die sich wirklich der Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt gewesen sind und nur unter dem Drucke der Rotgardisten: „Ich schieße dich tot, wenn du nicht mitgehst" sich in die Rote Armee einstellen ließen. Der eine hat eine halbe Stunde, der andere einen halben Tag und wieder andere mehrere Tage Wache gestanden usw. Die Bergleute Pigulick, Tolkenit und Schal erhielten 6 bezw. 7 Monate Gefängnis. Freitag, Swoboda, Rademacher, Wesemann, Stahlhut, Pannekoke, Wanuscheck und Stulzinsky wurden freigesprochen.

*

W **Münster**, 3. Mai. **(350 000 Mk. Lohngelder geraubt.)** In der Donnerstag-Nacht haben Einbrecher aus der Bahnhofskasse 350 000 Mk., die zu Lohnzahlungen bestimmt waren, gestohlen.

(g) **Lippborg**, 4. Mai. **Die Diebe,** die den Silberschatz und die Münzsammlung des Schlosses Assen stahlen, haben nicht lange Freude an ihrer Beute gehabt. Sie sind, soweit festgestellt ist, mit Fahrrad nach Beckum gefahren. Von dort aus fuhren die Diebe nach Münster. Am Bahnhof in Münster wurden sie von der Kriminalpolizei angehalten und die Koffer nach Lebensmitteln untersucht. Es stellte sich heraus, daß der Koffer Silberbestecke enthielt. Der Besitzer des Koffers gab an, als Diener des Grafen Galen auftragsgemäß den Inhalt an einen bekannten Juwelier in Münster abliefern zu wollen. Der Beamte begleitete den Diener zum Hause des Juweliers, woselbst der Diener als Bediensteter des Schlosses Assen legitimiert wurde. Dem Juwelier war indessen von einem Auftrag nichts bekannt, nahm aber die Sachen in Verwahrung, um die Bestimmung des Grafen abzuwarten. Der ungetreue Diener ist seitdem verschwunden. Der Münzdieb wurde in Dortmund verhaftet, als er die Sammlung einem Altertumshändler anbot und dieser die Verhaftung veranlaßte.

? **Cressfeld**, 26. April. **(Dieb abgefaßt.)** Der Pferdehändler Heß hierselbst, dem man vor kurzem 64 000 Mark gestohlen hat, ist wieder in den Besitz dieses Geldes gelangt. Dieser Betrag war in einer Kassette aufbewahrt, die die Diebe an sich nahmen und damit entflohen. Als sie dieselbe bei einem Schlosser öffnen lassen wollten, schöpfte dieser Verdacht und benachrichtigte die Polizei, der es dann gelang, sowohl der Diebe als auch des Geldes wieder habhaft zu werden. Da Herr Heß auf die Wiedererlangung des Geldes eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt hatte, so wird der Schlosser wohl in den Besitz dieses Betrages gelangen.

*

Eine ernste Drohung für Düsseldorf.

(W) **Düsseldorf**, 4. Mai. Der belgische Kommandant in Oberkassel hatte der Düsseldorfer Stadtverwaltung die Mitteilung zugehen lassen, er habe von zuverlässiger Seite erfahren, verbrecherische Elemente beabsichtigten, vom rechten Rheinufer nach Oberkassel zu schießen. Er habe daraufhin schwere Artillerie auffahren lassen und werde sofort das rechtsrheinische Düsseldorf unter Feuer nehmen, wenn die Verbrecher ihren Plan verwirklichen sollten. Der Kommandant hat sich auch die Lage der Arbeiterviertel im rechtsrheinischen Düsseldorf angesehen lassen und auch ein Verzeichnis der sozialistischen Führer. Die Stadtverwaltung hat daraufhin angeordnet, daß starke Polizeipatrouillen das rechte Rheinufer abgehen sollten. Der belgische Kommandant hat auch gestattet, daß an diesen Patrouillen die hier eingetroffene staatliche Sicherheitspolizei sich beteiligt. — Auf diese Mitteilung hin wurden sofort Schutzwehren beordert. Der erste Transport der staatlichen Sicherheitspolizei traf gestern morgen hier ein. Die übrige Mannschaft wird alsbald hier einrücken. Vor Düsseldorf war ein starkes Aufgebot der Reichswehr zusammengezogen. Im Laufe des Vormittags kamen Reichswehrsoldaten am Hauptbahnhof an.

*

Düsseldorf, 3. Mai. **(Die schweren Verluste der Reichswehr.)** Aus den in den Zeitungen veröffentlichten Nachrufen der einzelnen Regimentskommandeure ersieht man, welch schweren Verluste die Reichswehr bei der Befreiung des Ruhrgebiets von der Spartakistenherrschaft hatte. Jetzt widmet auch der Kommandeur des Reichswehr-Schützenregiments 61 den Mitgliedern des Regiments, die in den schweren Kämpfen vom 16. März bis 6. April 1920 ihr Leben zur Rettung des Vaterlandes opferten, einen warmen Nachruf. Gefallen sind: 1 Rittmeister, 8 Leutnants, 2 Vizewachtmeister, 8 Unteroffiziere und 28 Mannschaften, insgesamt 47 Angehörige des Regiments, von denen viele alle Gefahren des Weltkrieges glücklich überstanden hatten. Nie wird der Dank des Regiments, so heißt es in dem Nachruf, erlöschen dafür, daß sie Vaterland und Familie retten wollten vor irregeleiteten, aber verbrecherisch handelnden Leuten.

Kleine Nachrichten.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischer Partei, Otto Wels, erlitt gestern durch einen unglücklichen Sturz beim Turnen einen schweren Unfall. Seine Verletzungen am Kniegelenk machten seine Ueberführung nach dem Krankenhause notwendig.

Der französische Kriegsminister Andre Lefevre ist zurückgetreten. Sein Amt wird vorläufig von Millerand mitversehen.

Am 4. Mai soll in Odense mit der Einschiffung dänischer Truppen für Nordschleswig begonnen werden. Ein Bataillon kommt nach Sonderburg, ein Bataillonsstab und zwei Kompagnien nach Tondern, je eine Kompagnie nach Apenrade und nach Hadersleben. Ferner werden in Tondern 100 Mann vom jütländischen und in Apenrade 25 Mann vom seeländischen Reiterregiment untergebracht werden.

Zur Aufhebung des gegenrevolutionären Waffenlagers auf Rügen erfährt der „Vorwärts" von zuverlässiger Seite, daß die Zahl der beschlagnahmten Waffen sich durch neue Funde inzwischen erheblich vergrößert hat. Die Zahl der eingelieferten Gewehre und Karabiner ist von 1000 auf 1500, die der Maschinengewehre von 120 auf 200 angewachsen.

Die „Times" melden aus Havanna, daß dort am 1. Mai zwei Bomben explodierten. Ein Teil des Rathauses und ein anderes Gebäude wurden zerstört.

Laut Nieuwen Rotterdamschen Courant siedelte der vormalige deutsche Kaiser am 1. Mai von Amerongen nach seinem neuen Wohnsitz Haus Doorn über.

Das Reichsministerium des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes Delbrück, und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamtes, Geh. Regierungsrat Dr. Tonius, ernannt.

Nach der Münchener „Post" soll der bekannte Major Bischof, der eine Zeitlang in einem Greifswalder Hotel wohnte und sich dann auf seinem Gute befand, sich jetzt in Bayern aufhalten.

Die belgische Regierung hat beschlossen, daß flämisch als Amtssprache bei der Eisenbahn, bei der Post und Telegraphie in Eupen einzuführen ist. Aus dem Abgeordnetenhause will man die Regierung darüber interpellieren.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 4. Mai. (Verschiedenes.) Mitte Juni beginnt je ein neuer achtwöchiger **Meisterkursus** für Bau- und Möbelschreiner, Schuhmacher und Schneider. Aufgenommen werden Meister und solche Gesellen, die sich in Kürze selbständig machen wollen und die Gesellenprüfung abgelegt haben. Das Unterrichtsgeld beträgt 40 Mark für den Kursus. Bedürftigen Teilnehmern kann eine Beihilfe zum Lebensunterhalt bewilligt werden. Anmeldungen sind bis spätestens 15. Mai 1920 unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines amtlichen Führungszeugnisses und der Ausweise über die Lehrlings-, Gesellen- und gegebenenfalls Meisterverhältnisse an den unterzeichneten Leiter der Kurse in Dortmund, Brügmannstraße 25 (Handwerker- und Kunstgewerbeschule) einzureichen. Die westfälischen Handwerkskammern sind zur weiteren Auskunfterteilung gern bereit. Die nächstfolgenden Kurse sollen Mitte Oktober 1920 stattfinden. Vorgesehen sind Kurse für Schuhmacher, Schneider und Schreiner.

Auf Anordnung der Regierung wird die **Auflegung der Reichstagswählerlisten** vom nächsten Sonntag (9. Mai) ab erfolgen.

*

Unbeschränkte Ledereinfuhr — Verbot der Schuhausfuhr.

Die Zustände auf dem Häute- und Ledermarkt wurden in einer Sitzung des **Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium** eingehend erörtert. Von seiten der Lederhersteller war die Anregung gegeben worden, ausländisches Leder, das zum Teil erheblich billiger ist als inländisches, nicht nach Deutschland hereinzulassen, um die deutsche Lederindustrie zu schützen. Von den Schuhherstellern war beantragt, die Ausfuhr von Schuhwerk aus Deutschland nach dem Auslande zu gestatten mit der Begründung, daß die deutsche Schuhindustrie im Inlande zurzeit keine hinreichende Absatzmöglichkeit habe. Beiden Anträgen gegenüber verhielt sich der Wirtschaftsrat ablehnend. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß in Deutschland die Preise für Leder und Schuhwerke noch derartig hoch wären, daß alle Maßnahmen abzulehnen seien, die geeignet wären, diese Preise weiterhin auf dem bisherigen hohen Stand zu halten. Der Wirtschaftsrat beschloß deshalb einstimmig, die **unbeschränkte Einfuhr von Schuhbedarfsleder** dem legitimen Handel und der weiterverarbeitenden Industrie auf Antrag so lange zu gestatten, **bis die Inlandpreise für Schuhbedarfsleder sich den niedrigen Auslandpreisen angeglichen** hätten. Weiterhin beschloß der Wirtschaftsrat, daß die **Ausfuhr von ledernem Gebrauchsschuhwerk in keinem Falle gestattet** werden dürfe. Der Wirtschaftsrat würdigte bei seiner Entschließung auch die Tatsache, daß seit der am 15. August erfolgten Aufhebung der Lederzwangswirtschaft **in der Lederindustrie ganz beträchtliche Gewinne** erzielt worden sind.

*

(Das Kartoffeln-Hamstern.) Der Kreisausschuß schreibt uns: In einigen Zeitungen ist bekannt gegeben worden, daß das Heranschaffen — Hamstern — von Kartoffeln freigegeben worden sei. Dieses trifft nicht zu. Die Vorschriften für die Versorgung mit Kartoffeln sind nach wie vor in Kraft und ist der Kommunalverband verpflichtet, die unbefugt in den Verkehr gebrachten Kartoffeln ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen zu erklären. Die Gendarmen und Polizeibeamten erfüllen somit nur ihre Pflicht, wenn sie gehamsterte Kartoffeln beschlagnahmen. Ueber die Verwertung der beschlagnahmten Lebensmittel wird eine genaue Kontrole ausgeübt.

Metelen, 4. Mai. (Diebstahl.) Dem Wirt und Fuhrunternehmer Friedrich Lehmhaus von hier wurde nächtlicherweise von seinem Kutschwagen, der in einer verschlossenen Remise stand, das **Verdeckleder und das Kutscherleder** im Werte von zusammen 4000 Mark **abgeschnitten und entwendet**.

(:) **Mühlhausen**, 4. Mai. (Diebstahl.) Aus einem Klassenzimmer der hiesigen Schule wurden vor einigen Tagen drei Fenstervorhänge gestohlen.

Lünern, 4. Mai. (Diebstähle.) Im nahegelegenen Lünerholz wurde in der Nacht vom 29. zum 30. April dem Bahnwärter Heinrich Drewer ein auf seiner Weide gehendes **Jungrind gestohlen**. Etwa 200 Meter von der Weide entfernt schlachteten die Diebe das Tier ab, ließen den Kopf und das Eingeweide liegen und nahmen das Fleisch mit. Der Drewersche Viehbestand ist gegen Diebstahl versichert. — **Eingebrochen** wurde vor wenigen Abenden in das Schlafzimmer der Knechte des Landwirts Gustav Schulze-Wiehenbrauck hierselbst und Bekleidungsstücke und Bettwäsche in bedeutendem Werte gestohlen.

Stockum, 4. Mai. (Viehdiebstahl.) In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai wurde dem Landwirt Heinrich Verhoff von hier auf seiner Weide am Hacheney ein Jährlingsbulle abgeschlachtet und das Fleisch entwendet. Kopf und Eingeweide haben die Diebe am Tatorte zurückgelassen. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um dieselbe Diebesbande handelt, die dem Bahnwärter Drewer das Rind abschlachteten. Leider fehlt von ihnen bis zur Stunde jede Spur.

Horstmar, 4. Mai. (Einbrecher festgenommen.) In der Nacht erbrachen 4 Personen die Stallung des Metzgers Hager hierselbst und versuchten, ein Pferd zu stehlen. Sie hatten das Tier bereits auf die Straße geführt, als Hager erwachte und den Kampf mit den bewaffneten Einbrechern aufnahm. Es gelang ihm, das Pferd wieder in seine Gewalt zu bekommen und einen der Täter, den entsprungenen Fürsorgezögling Wilhelm Rademacher aus Uner, festzuhalten, der dann der Polizei übergeben wurde. Die anderen drei Täter flüchteten unerkannt.

Dortmund, 30. April. **Das Wolffbüro** beklagt sich in einem Schreiben an das Telegraphenamt **Dortmund** über die mangelhafte Bedienung der Fernsprechapparate durch die Fräulinnen. Da dieser Uebelstand sich trotz vieler Beschwerden vergrößert und ein geregelter Dienst dadurch unmöglich wird, **beabsichtigt das Büro eine Schließung**, wenn das Telegraphenamt nicht vermag, die Damen des Dortmunder Fernsprechamtes zu dem Grad von Pflichtgefühl zurückzubringen, der eine Arbeit ermöglicht.

Aplerbeck, 3. Mai. (Verunglückt.) Am 30. April verunglückte auf den Westfälischen Eisen- und Drahtwerken der Fabrikarbeiter **Wilhelm Scheller**, Wilhelmstraße 17. S., der mit dem Abladen eines Waggons beschäftigt war, geriet beim Fortbewegen desselben zwischen Puffer- und Prellbock. Er erlitt so schwere Brustquetschungen, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte hinterläßt Frau und 5 Kinder.

§ **Berghofen**, 3. Mai. **Ein betrübender Unfall** ereignete sich gestern morgen in der evangelischen Schule bei der Kirche hierselbst. In der dort eingerichteten Quartierstube der hier einquartierten Reichswehr war ein Feldwebel mit der Entladung einer Handgranate beschäftigt, bei welcher Arbeit ihm einer seiner Untergebenen behilflich sein wollte. Hierbei wurde die Schnur des Zünders abgezogen, und obwohl der Feldwebel die Handgranate sofort von sich schleuderte, erlitt er doch bei der Explosion derselben nicht unerhebliche Verletzungen am Kopf und an der Brust.

*

62. Westf. Provinziallandtag.

(L) **Münster**, 3. Mai. Beginn der Sitzung 1.10 Uhr nachmittags. Haus und Tribünen sind gut besetzt. **Oberpräsident Dr. Wuermeling** begrüßt den Provinziallandtag im Namen der Staatsregierung und führt dabei u. a. folgendes aus: Ihr Zusammentritt ist unerwünschter Weise verzögert worden durch die schmerzlichen Ereignisse, die in den letzten Wochen unser ohnehin hart geprüftes Vaterland und in besonderem Maße unsere Provinz schwer erschüttert haben. Noch lastet ernste Sorge auf uns, ob uns weitere Erschütterungen bevorstehen, während doch unser armes, krankes Volk nur genesen kann, wenn alle seine Kräfte sich wieder zusammenfinden in gemeinsamer, aufbauender Arbeit auf dem Boden der Verfassung. Die Staatsregierung hat Ihnen nun eine Vorlage zugehen lassen; Ihre gutachtliche Aeußerung wird erbeten zu der Frage der Eingemeindung der Gemeinden Langerfeld und Nächstebreck, Kreis Schwelm, in die Stadt Barmen. Mit der Eingemeindung würden diese beiden Gemeinden aus der Provinz Westfalen ausscheiden und in den Verband der Rheinprovinz treten. Die überaus große Steigerung der im neuen Rechnungsjahre durch Provinzialsteuern zu deckenden Fehlbedarfs wird Ihnen, wenn auch nicht unerwartet, so doch bei der schwierigen und beengten Finanzlage der Kreise und Gemeinden besonders schmerzlich sein. Dazu kommt, daß sich auch für das Jahr 1919 noch die Erhebung einer weiteren Umlage von fast 5 Millionen als erforderlich herausgestellt hat. Die großen unabweislichen Mehrausgaben aber an Gehältern und Löhnen, und vor allem an Straßenunterhaltungskosten werden im wesentlichen nur durch Steuern gedeckt werden können. So sehr Sie bestrebt sein werden, möglichste Sparsamkeit auf allen Gebieten walten zu lassen, so werden doch notwendige Aufwendungen deswegen nicht aufgeschoben werden dürfen. Der Oberpräsident kommt sodann auf die weiteren Vorlagen zu sprechen und schließt mit der Hoffnung, daß die Verhandlungen geführt werden möchten in Sachlichkeit und gegenseitigem Vertrauen, getragen von dem einmütigen Bestreben, das Wohl unserer geliebten Heimatprovinz in treuer Hingabe zu fördern. Hierauf übernimmt Abg. Meier zur Capellen (Verein.) als Alterspräsident den Vorsitz. Er begrüßt den Provinziallandtag mit dem Wunsche, daß die zu erledigenden Arbeiten mit dem gleichen Eifer wie früher erledigt werden möchten. Mit der Begrüßung des Oberpräsidenten und der Präsidialräte verbindet er die Bitte, der Provinz Westfalen wohlwollend gegenüber zu stehen. Nachdem der Alterspräsident auch dem Landeshauptmann und den Landräten einen Willkommengruß entboten hat, bedauert er, daß sich das deutsche Volk nach dem schmachvollen Frieden noch nicht zu einem einig Volk von Brüdern zusammengefunden habe, sondern sich leider immer noch in altem Parteihader zerreiße. Mit einem Hoch auf unser deutsches Vaterland, wobei sich auf Aufforderung alle Abgeordneten von den Plätzen erhoben, schließt der Alterspräsident unter dem Beifall des Hauses seine Ausführungen. Hierauf erfolgt durch Zuruf die Wahl des Vorsitzenden zu dem der Vorsitzende des vorangegangenen Provinziallandtages Landrat Jansen-Brilon (Z.) wiedergewählt wird. Sodann tritt eine kurze Vertagung ein, in der sich die Fraktionen über die Wahlvorschläge zu den Kommissionen schlüssig werden sollen. Nach Eröffnung der zweiten Sitzung erfolgt durch Zuruf die Wahl der Mitglieder zu den 6 Ausschüssen des Provinziallandtags: dem Geschäftsordnungsausschuß, dem Wahlvorbereitungsausschuß, dem Ausschuß für landwirtschaftliche Angelegenheiten, dem Ausschuß für Rechnungen und den Verwaltungsbericht, dem Ausschuß für Statuten u. Reglements und dem Haushaltungsausschuß. Bei der Wahl für den Letzteren beantragt Abg. Vieth (U.S.P.) seiner Fraktion, die bis jetzt noch nicht in diesem Ausschuß vertreten war, nunmehr auch einen Sitz einzuräumen. Abg. Mehlich (Mehrheitssoz.) begrüßt es, daß nun endlich auch die unabhängige Fraktion, wie der Antrag zeige, von der Notwendigkeit dieses Ausschusses überzeugt und bereit sei, seinen Teil der Verantwortung mitzutragen. (Beifall.) Bis jetzt hätten es die Unabhängigen für überflüssig gehalten, in diesem Ausschuß mitzuarbeiten, keine Einsicht in die Arbeit der Ausschüsse gehabt und immer nur falsche Gerüchte im Lande verbreitet. Nach einer kurzen Gegenbemerkung des Abg. Vieth entspinnt sich eine unwesentliche Geschäftsordnungsdebatte über die Anberaumung der nächsten Sitzung. Nächste Sitzung: Montag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Etatsberatung.

*

Münster, 29. April. **Das Wehrkreiskommando** wird in der Presse häufig angegriffen, weil die zahlreich Festgenommenen bei den Unruhen im Industriegebiet oft lange auf ihre Aburteilung durch die außerordentlichen Kriegsgerichte warten müssen. Das Wehrkreiskommando ist ständig bemüht, die Zahl der Festgenommenen zu verringern und das Verfahren bei den außerordentlichen Kriegsgerichten zu beschleunigen. Das Personal der letzteren ist dazu erheblich verstärkt worden. Außerdem wurden besondere Untersuchungskommissionen eingesetzt. Wenn es trotzdem nicht immer möglich ist, alle Festgenommenen mit der wünschenswerten Beschleunigung abzuurteilen oder zu entlassen, so liegt das in der ungeheuren Arbeitslast der außerordentlichen Kriegsgerichte und ihrer großen räumlichen Trennung, da häufig bei Aburteilungen mehrere außerordentliche Kriegsgerichte mitwirken müssen.

Essen, 24. April. (Ammoniakschwindel.) Die Wucherstelle der Polizeiverwaltung teilt mit: Ein Ammoniakschwindel wurde durch Beamte der hiesigen Wucherstelle festgestellt. Aus Kochsalz mit einem geringen Zusatze von Kalk, Schwefel, Schwefelsäure, kohlensaurem Natron und grüner Farbe stellten die Händler Bernhard und Hermann Brocks, Heinr. Kehls, sowie der Bergmann Ludwig Hülsmann ein „Düngemittel" her und verkauften es als „Ammoniak" zu einem Preise von 80—120 Mark nach auswärts. Irgendwelchen Wert als Düngemittel hat die Mischung nicht, da sie zu 98 Prozent aus Kochsalz besteht; sie ist sogar schädlich. Vor dem Ankauf wird daher dringend gewarnt.

Aus dem preußischen Haushalt 1920.

Aus dem Inhalt des **preußischen Haushaltsplanes** für 1920 geben wir noch folgende Posten wieder: In den ordentlichen Einnahmen des Haushalts bringt die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung der Staatswerke 859 Millionen Mark. Davon sind aus Steinkohlen, Koks usw. gewonnen 583 Millionen Mark. Das bedeutet einen Mehrbetrag gegen das Vorjahr von 58 Millionen Mark. Diese Mehreinnahmen sind eine Folge der **Preissteigerungen**. Weggefallen sind gegen das Vorjahr die Einnahmen aus den Saargruben mit 249 Millionen Mark. Die Kohlensteuer erscheint mit einem Ertrage von 108 Millionen Mark (1919: 96 Millionen Mark). Hier ist die Mehreinnahme ebenfalls eine Folge der gestiegenen Kohlenpreise. Die Summe der **dauernden Ausgaben** beträgt 885 Millionen Mark. Aus den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sei erwähnt, daß für die **Bergwerksdirektion Recklinghausen** etwa 151/2 Millionen Mark ausgesetzt sind. **Insgesamt erfordert die Bergwerksverwaltung einen Zuschuß von 49 Millionen Mark.** Im Vorjahre konnten noch 11 Millionen Mark als reiner Ueberschuß gebucht werden. Für 1920 ergibt sich ein Minderbetrag gegenüber 1919 von 60 Millionen Mark.

In der **Staatsschuldenverwaltung** ist ein Zuschuß von 295 Millionen Mark erforderlich (1919: 256 Millionen Mark). Die allgemeine Finanzverwaltung schließt ab mit einem Ueberschuß von 2269 Millionen Mark. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 1½ Milliarden. Im Haushalt des Ministeriums des Innern sind 344 Millionen Mark für die staatliche **Sicherheitspolizei** ausgeworfen. Davon trägt allerdings das Reich 80, die Gemeinden etwa 7 v. H. Hierzu wird bemerkt: Infolge der **Einführung des Achtstundentages**, der **unsicheren innerpolitischen Lage** und der **geringen Achtung vor der staatlichen Autorität**, verbunden mit der großen Verminderung des Heeres, hat die Zahl **der Polizeibeamten vermehrt und die Sicherheitspolizei anders organisiert werden müssen.**

Im Haushalt des Kultusministeriums erscheint das Bistum Münster unter den Ausgaben mit 100 000 Mk., das Bistum Köln mit 177 000 Mk. und das Bistum Trier mit 97 000 Mk. Die Zuschüsse für die Universität in Münster betragen 749 000 Mk. (1919: 719 000 Mark), der Zuschuß für die Universität in Bonn 1½ Millionen Mark. Unter den höheren Lehranstalten, die mit 152 000 Mk. angesetzt sind, werden das Gymnasium am Burgplatz in Essen und die Gymnasien in Duisburg und Hamm bedacht.

7. preußische Generalsynode.

(Nachmittagssitzung vom 22. April.)

B. Nach einer Pause von ½ Stunde wird in der Tagesordnung fortgefahren. Sup. **Pfannschmidt**-Berlin, Gen.-Sup. **Gennrich**-Königsberg und Prof. **Smend** würdigen die Bedeutung der **Kirchenmusik** für das kirchliche Leben und wünschen, daß den Kirchenmusikern in der künftigen Verfassung Sitz und Stimme in den verschiedenen kirchlichen Körperschaften gegeben werde; dem schließt sich die Synode an. Bürgermeister **Knobloch**-Sangerhausen berichtet über die Vorschriften der Reichssteuergesetzgebung, die die Kirche betreffen. Er erklärt, die Kirche stehe an Opferwilligkeit hinter niemand zurück, sie dürfe aber auch nicht durch eine Ausnahmebelastung bedrückt werden. Ueber den Entwurf eines **Kirchengesetzes, betr. Erhebung von Kirchensteuern**, berichtet ebenfalls Syn. **Knobloch**. Die Veränderungen auf dem staatlichen Steuergebiete berühren auch das Kirchensteuerrecht, an die Stelle der Staatssteuer tritt als Grundlage die Reichseinkommensteuer. Die Ueberleitung an den neuen Rechtszustand erfordert besondere Uebergangsvorschriften. Die Reichssteuergesetzgebung bietet die Möglichkeit, die Kirchensteuerverwaltung auf die Landesfinanzämter und die Finanzämter zu übertragen; da aber noch Schwierigkeiten vorhanden sind, wird dem Oberkirchenrat und Gen.-Syn.-Vorstand im Gesetz die Ermächtigung zur Regelung der Angelegenheit erteilt. Das Gesetz wird in 1. Lesung angenommen. Nach Erledigung finanzieller und kleinerer Angelegenheiten wird über die **wirtschaftliche Besserstellung der Geistlichen im Amte und im Ruhestande** und ihrer Hinterbliebenen verhandelt. Nach warmherzigem Eintreten seitens verschiedener Synodalen spricht der Präsident des Oberkirchenrates dem Staate den Dank aus für seine bisherigen Leistungen und die Hoffnung, daß er sich den weiteren Vorstellungen nicht entziehen werde. Die Generalsynode nimmt daraufhin mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Evang. Oberkirchenrat an der wirtschaftl. Besserstellung des Pfarrerstandes arbeitet und ersucht angesichts der großen Notlage, die seit dem 1. April d. J. durch den Fortfall der Kommunalsteuerfreiheit noch verschärft ist, den Evang. Oberkirchenrat und Gen.-Syn.-Vorstand die nötigen Schritte zu tun, um mit Wirkung vom 1. April d. J. ab eine der wirtschaftlichen Lage gleichstehender Beamten und deren Hinterbliebenen gleichwertige Regelung zu erreichen.

Reg.-Präs. **Schilling** begründet im Auftrag des Ausschusses eine Entschließung, betr. **die an Polen verlorenen Gemeinden**, empfiehlt die Zustimmung der Gen.-Synode zu dem von der Posener Prov.-Syn. soeben angenommenen Entwurf einer **Notverfassung für die dortige Kirche** und legt den Entwurf eines Kirchengesetzes vor, durch den das **Verhältnis der Landeskirche zu den Kirchengemeinden in Posen und Danzig** geregelt wird. Die Synode hört die Entschließung stehend an und stimmt ihr unter lebhaftem Beifall zu. Die Entschließung gedenkt der Kundgebungen der Kirchengemeinden und Synoden in den abgetretenen und gefährdeten Gebieten, wodurch der einmütige Wille bezeugt wird, in der bisherigen Verbindung mit der preußischen Kirche zu bleiben. Die Gen.-Synode ist überzeugt, daß nur durch diese Verbindung den ev.-unierten Gemeinden gedient ist, ohne daß sie dem Interesse der dortigen Staats-Kirchenhoheit widerspreche: nur so könne der in den Staatsverträgen feierlich verbürgte religiöse Minderheitsschutz durchgeführt werden. Die Erklärung beklagt, daß trotz alles Entgegenkommens die ev.-unierte Kirche von der polnischen Regierung hart behandelt werde; sie lehnt den Warschauer Gen.-Sup. Bursche als Sachverständigen in Fragen der ev.-unierten Kirche ab. Die Gen.-Synode wendet sich zum Schluß an die evang. Christenheit der ganzen Welt und an die eigenen Gemeinden um Unterstützung des Rechtes der evangelischen Gemeinden in Polen. Die Entschließung wird stehend angehört und einstimmig angenommen. Gen.-Sup. **Blau**-Posen dankt namens der Posener Gemeinden, stellt fest, daß der Zusammenhang rein kirchlich sei und lehnt die Vertretung politischer Gedanken für die ev.-unierte Kirche Posens ab. Die dortige Kirche sei schon immer eine Märtyrerkirche gewesen. Geh. Konsist.-Rat **Kalweit** spricht Dank und Versprechen im Namen von Danzig.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Ausgabe von Milchkarten für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Mittwoch, den 5. Mai ds. Js., von 8—12 Uhr vormittags und von 2—4 Uhr nachmittags auf dem Lebensmittelamt Markt 4, Zimmer 2. Die Milchkarten und Familienstammbücher sind mitzubringen. 1666

Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste. Der Zeitraum für die Zahlung der Höchstprämie von 300 Mark für die Tonne Brotgetreide und Gerste ist bis zum 15. Mai ds. Js. verlängert. Die Senkung der Prämie um 100 Mark — also auf 200 Mark — für die Tonne tritt nach dem 15. Mai ein. Im übrigen ist die Höchstprämie von 300 Mark auch nach dem 15. Mai noch zu gewähren, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können.

Sündenböcke.

(ABC) In der K. P. D. in Rheinland-Westfalen wird Reinhaus gemacht. Die Berliner „Rote Fahne" bringt in ihrer Nummer 59 vom 24. April unter dem Titel „Aus der Partei" eine kurze Notiz über die am 18. und 19. April abgehaltene **Konferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen**. Wir erfahren, daß die beiden berüchtigten Genossen, **Anton Wild und F. Koch aus Duisburg, „wegen ihres disziplinlosen Verhaltens** aus der Partei ausgeschlossen sind." Aber auch noch andere **Sündenböcke** werden an den Pranger gestellt, zwei Genossen, **Siegel und Kern aus Wülfrath**, hat dasselbe harte Los getroffen — „wegen Bestechlichkeit"! Ferner hält es die Bezirkskonferenz für ihre Pflicht, vor den „Spitzeln" **Karoscheit, Dubielczyk und dem Matrosen Tombrok** zu „warnen", da diese „sich in der letzten Bewegung wiederum als agents provocateurs betätigt hätten. Es wird erklärt, „falls dieselben irgendwo auftauchen, muß ihnen ihr **elendes Handwerk gelegt werden**."

*

— **(Ein Bolschewistengesetz in Holland.)** Wie der „Vorwärts" in seiner Nummer 196 vom 17. April mitteilt, hat die holländische Regierung in der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die Bekämpfung revolutionärer Wühlereien. Mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren wird bedroht, wer zu im Auslande befindlichen Personen oder Körperschaften in Beziehung steht oder tritt, um in Holland eine gewaltsame Umwälzung vorzubereiten oder zu unterstützen. Die gleiche Strafe steht auf die vorsätzliche Einführung von Gegenständen, die eine Unterstützung einer solchen Umwälzung bezwecke.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 4. Mai. **(Turnverein „Kaiserkrone" Kamen.)** Der Verein beschloß in der letzten Generalversammlung, welche vom 1. Vorsitzenden Herrn Friedrich Neibe eröffnet und geleitet wurde, das 25jährige Jubelfest in üblicher Weise unter Mitwirkung der Männer-Gesang-Vereine „Eichengrün", Teutonia" und „Auguste Viktoria" zu feiern. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde über die Auflösung der Ringerriege debattiert; nach dem Beschluß ist diese für den Turnverein „Kaiserkrone" aufgelöst und wird nicht mehr anerkannt. Hierauf wurde die Versammlung von dem ersten Vorsitzenden mit einem dreimaligen „Gut Heil" auf ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen des Vereins geschlossen.

Konzert, Theater ꝛc.

Kamen, 4. April. **Die Kamener Lichtspiele** bringen vom 4. bis 7. Mai wieder ein neues Programm, aus dem besonders das groteske Lichtspiel „Die Austernprinzessin" hervorgehoben zu werden verdient. Außerdem wird aus dem Reiche der Kriminalistik „Der sehende Draht" geboten und ferner das Drama „Die Hexe von Norderog". Das Programm verdient Beachtung aller Kinofreunde.

Einladung!

Der Allgem. Bauverein in Essen errichtet auf dem Siedlungsgelände „Feldhaushof" ein Haus für Bergarbeiter aus AMBI-Massiv-Steinen, deren Herstellung unmittelbar an der Baustelle erfolgt. Das Dach wird mit AMBI-Dachziegeln gedeckt, welche ebenfalls in primitivem Handbetrieb aus an der Baustelle vorhandenen Materialien (Sand usw.) angefertigt werden. Wer sich für diese Bauweise interessiert, wird zu einer Besichtigung eingeladen. Auskunft wird an der Baustelle erteilt.

Statt Karten!

Hermann Ascher
Emma Ascher
geb. Jacoby

Vermählte.

Kamen, im Mai 1920.

m1681

Nach mehr als 10jähriger Ausbildungs-Tätigkeit als

Facharzt für Frauenkrankheiten und Chirurgie

an Krankenanstalten Gross-Berlins usw. habe ich mich in

Unna niedergelassen

Sprechstunde: 11, 3—5 Uhr.

Markt 14, 1 Treppe. 1586

Dr. Boerger,
Facharzt für Frauenkrankheiten u. Chirurgie.

Vom 4. bis 7. Mai!

Haben Sie schon einmal ? Die Austernprinzessin gesehen?

Wollen Sie sich 2 Std. köstl. amüsieren, dann kommen Sie in ? Die Austernprinzessin

Können Sie sich etwas drolligeres denken als ? Die Austernprinzessin

Die Austernprinzessin

Ein groteskes Lustspiel in **4 langen Akten.**

In den Hauptrollen:
Ossy Oswalda, Harry Liedke, Viktor Janson.

Verfasser:
Ernst Lubitsch u. Hans Kräly.

„Der sehende Draht"

Detektiv-Sensation mit **Alwin Neus.**

4 Akte. 4 Akte. 4 Akte.

„Die Hexe von Norderog"

Ein herrliches, wunderbares Drama mit **Hedda Vernon** in der Hauptrolle.

Erstklassige Musik! Eigene Hauskapelle!

Kamener Lichtspiele.

n1672

Bekanntmachung.

betr. Höchstpreise für Verbrauchszucker.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 914) in der Fassung der Verordnungen vom 30. September 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1217), 3. Juli 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 633) und 14. Oktober 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1791), sowie der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen und auf Grund des Gesetzes über Höchstpreise wird unter Aufhebung aller entgegenstehenden Anordnungen für den Landkreis Hamm (außer Stadt Unna) folgendes bestimmt:

1. Beim Verkaufe von Verbrauchszucker an die Verbraucher dürfen folgende Preise für ein Pfund bester Ware nicht überschritten werden:

a) gemahlenen Melis	2,06	Mk.
b) gemahlene Raffinade	2,06	„
c) Schnittwürfel- u. Plattenzucker	2,13	„
d) Bunt-Kandis	2,58	„
e) weißer Kandis	2,60	„
f) Würfel-Kandis	2,63	„

2. Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 546) und der Bundesratsverordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 395), nach deren erheblich verschärften Strafbestimmungen Zuwiderhandlungen geahndet werden.

3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. 1663

Hamm (Westf.), den 30. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. A.: v. Campe.

Bekanntmachung.

Der Herr Preußische Staatskommissar für Volksernährung hat seine Anordnung, nach der als Uebernahmehöchstpreis für den abzuliefernden Honig der jeweilige im Erzeugergebiet geltende Butterhöchstpreis festgesetzt war, aufgehoben und bestimmt, daß für den jetzt noch zur Ablieferung kommenden Honig nur der am 1. Januar 1920 maßgebend gewesene Butterpreis gezahlt wird. Etwaige Härten, die sich bei Anwendung dieser Bestimmung für solche Imker ergeben würden, die ohne ihre Schuld nicht früher haben abliefern können, kann die Honigvermittlungsstelle beim Preußischen Landesamt für Gemüse und Obst, der die betreffenden Fälle eingehend darzulegen sind, ausgleichen. Im übrigen wird denjenigen Imkern, die ihre Ablieferungspflicht böswillig versäumt haben, der Zuckerbezug für das laufende Jahr gesperrt werden.

Arnsberg, den 2. April 1920.

Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht!
Hamm, den 28. April 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Hamm.
Der Vorsitzende: J. A.: v. Campe.

Krieger- und Landwehr-Verein Kamen.

Zur Beerdigung des Kameraden

Wilh. Mertin

tritt der Verein am **Mittwoch nachmittag 3 ½ Uhr** im Schützenhof an. d1665

Der Vorstand.

Vergnügungsklub

sucht noch einige junge Damen zwecks Teilnahme an Ausflügen. 1675

Angebote unter Nr. **1675** an die Geschst.

Versteigerung.

Am **Donnerstag, d. 6. Mai 1920, vorm. 9 Uhr,** werde ich im freiwilligen Auftrage im Auktionslokale Rieder, Markt, folgende Gegenstände öffentlich versteigern:

Kommoden, 1 Bettstelle mit Matratze, eich. Bettstelle mit Bettwerk, 2türiger Kleiderschrank, Gasofen, oval. Tisch, Brett-Sühle, Spiegel, Bilder, Albumständer, Treppenleiter, Fensterblumenbänke, Spannsägen, Pult, Tisch mit Kopierpresse, Dezimalwagen, Kontor-Stuhl, Ladenkasse, Brotschneidemaschine, Fenstervorsätze, Kinder- und Sportwagen und mehrere andere Sachen, ferner 2zölliger Kastenwagen.

Die Sachen sind in gutem Zustand. 1668

J. Ebbers, Kamen
Auktions-Geschäft,
Bahnhofstraße 47.
Fernruf 32.

Anzeigen aller Art
inseriert man **erfolgreich** in der
Kamener Zeitung.

Ia. Kernleder-Treibriemen

Rund-, Kordel-, Näh- und Binderiemen in allen Dimensionen liefern prompt ab Lager a1656

Joh. Müller & Co.,
Industrie- und Hüttenbedarf,
Cöln a. Rh., Hülchratherstraße 35.

Zeitungsboten

für Schillstraße, Bergkamen gesucht.

Meldungen in der Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung,
Weststraße 10.

Aufgebot.

Die Witwe Friedrich Meyer, Ida geb. Brombach, zu Kamen, vertreten durch den Justizrat Eylardi in Unna, hat das Aufgebot betreffend Ausschließung der Gläubiger über die im Grundbuche von Kamen, Band 21, Blatt 472, in Abt. III unter Nr. 3 und 6 auf dem ihr gehörigen Grundstück Kamen, Weststraße Nr. 21, Flur 26, Parzelle 1564/159, eingetragenen Posten von 130,65 Mk. nebst 5 vom Hundert Zinsen seit 28. Oktober 1875, den Gerichtskosten von 4,80 Mark und den Kosten der Eintragung mit 1,80 Mark (über die ein Hypothekenbrief gebildet ist), für den Rechtsanwalt Derkmann zu Unna (eingetragen aus dem Mandat vom 1. November und 21. Dezember 1875), sowie von 22 000 Mark zur Sicherung des Rechts des Karl Fischer zu Kamen aus der Requisition vom 10., eingetragen am 28. März 1876, beantragt. Die unbekannten Gläubiger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den

5. Juli 1920, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 6, anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung der Gläubiger mit ihren Rechten erfolgen wird.

Kamen, 28. April 1920.

1662 Das Amtsgericht.

Lebensmittelverteilung Amt Unna-Kamen.

1. Auf Fleischzulagekarte 50 Gr. Fleisch, die auf Reichsfleischkarte auszugebende Menge wird noch bekanntgegeben.

2. Auf Fettkarte 100 Gr. Fett (Kokosfett oder Margarine).

3. An die Gemeindevorsteher sind Bezugsscheine für 250 Gr. Haferflocken ausgegeben, welche zur Ausgabe gelangen, wenn die Kleinhändler sie von den Großhändlern bekommen haben.

Unna, den 3. Mai 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Grundstücksverkauf.

Das der Wwe. Karl Kümper, Kamen, gehörende, in der Südensemark belegene Ackergrundstück, ca. 1½ Morgen groß, soll verkauft werden. Angebote sind bis zum 9. Mai 1920 einzureichen.

Ebbers,
Immobiliengeschäft,
Kamen, Bahnhofstr. 47.
Fernruf 32. 1667

Suche sofort einen jugendlichen 1645

Arbeiter.

August Gerdes,
Stuckgeschäft, Bahnhofstr.

Für sofort ein jüngeres

Mädchen

für halbe Tage gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg. 1651

Gesucht wird für sofort ein 1659

Morgenmädchen

Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg.

Weidediebstahl- und Stall-Versicherung

bei v1602

Ferd. Greve & Co., Lünen,
— Tel. 213. —

---

1 Pferd braune Stute
3 zöll. Kastenwagen
3 zöll. Jauchewagen mit Faß,
2 zöll. Kastenwagen
3 zöll. Sturzkarre

sofort zu verkaufen. b1642

Fritz Böckmann, Landwirt.
Herringen.

Kochlehrfräulein

zur Erlernung der Küche gesucht. a1655

Wilhelm Lemke,
Norddeutscher Hof,
Dortmund,
Körnerplatz Nr. 9.

Ordentlicher

Laufbursche

gesucht.
Buchhandlung der
Kamener Zeitung
Weststraße 10.

Eine Korallen-Halskette

verloren. Der ehrliche Finder erhält Belohnung. Abzugeben 1674
Stöckel, Kampstr. 22.

Die schöne Unbekannte.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

3. Fortsetzung.

6. Kapitel.

Hardy freute sich sehr über Mias Brief, und kurz entschlossen machte sie sich zur sofortigen Reise fertig. Sie freute sich sehr, daß sie Mia jetzt so erwünscht kam. Bis zu Tante Klementines Abreise verging freilich noch ein ganzer Monat. Darüber machte sich Hardy aber keine Sorge. Jedenfalls war sie nun fürs erste für ein Vierteljahr untergebracht, — und zwar herrlich untergebracht in dem vornehmen Speyerschen Haushalt und in Mias liebenswürdiger Gesellschaft. Das war eine erfreuliche Aussicht für sie, die sonst vom Schicksal so hart behandelt wurde. Einige Stunden, nachdem sie Mias Brief erhalten hatte, fuhr sie zum Bahnhof und bald darauf fuhr sie ihrem Ziel entgegen. Ein Telegramm, das ihre Ankunft meldete, hatte sie vor ihrer Abreise aufgegeben.

Die Eisenbahnfahrt dauerte immerhin ziemlich sechs Stunden. Als der Zug in den Bahnhof der kleinen Garnisonstadt einfuhr, sah Hardy ihre Kusine auf dem Bahnhof stehen.

Sie winkte ihr freudig zu und einige Augenblicke später lagen sich die beiden Kusinen in den Armen und lachten sich an.

Mia sprach sofort in ihrer munteren, lebhaften Art auf Hardy ein. Die beiden jungen Damen waren fast in einem Alter, beide waren schöne, schlanke Gestalten. Die Mia war ein wenig voller und runder als die Hardy. Beide Kusinen hatten tiefblaue Augen und einen blütenzarten Teint. Nur war Mias Haar etwas heller als das Hardys, deren Haarfarbe zwischen blond und kastanienbraun lag und einen glänzend metallischen, rötlichen Schimmer hatte.

Entschieden waren Hardys Züge etwas feiner geschnitten als die Mias, und ihr Mund war zarter geschwungen. In Mias Augen funkelte der jugendfrische Uebermut, und in Hardys Augen lag ein weicher, sinniger Ernst, der ihrem süßen Gesicht ein reiferes Gepräge gab, trotzdem Mia um einige Monate älter war als sie.

Es konnte nicht leicht einen reizenderen Anblick geben, als ihn diese beiden jungen Damen boten, wie sie Arm in Arm über den Bahnsteig gingen und nach dem Wagen schritten.

Hardy gab ihren Gepäckschein dem harrenden Diener und dann stiegen die beiden Damen in einen Wagen und fuhren davon.

Als der Wagen über einen mit Anlagen bepflanzten Platz fuhr, kam gerade eine Anzahl Offiziere aus dem dort gelegenen Kasino. Sie grüßten sehr interessiert und mit ritterlicher Beflissenheit.

„Ach — deine Verehrer, Mia. Ich kenne sie alle noch von meinem letzten Besuche", sagte Hardy lächelnd.

Mia zuckte die Achseln.

„Ach weißt du, Hardy, ich wüßte nichts, was mir gleichgültiger wäre als diese sogenannten Verehrer."

„Also hat noch keiner Gnade vor deinen Augen gefunden?"

„Nein."

„Du bist noch immer so männerfeindlich gestimmt?" neckte Hardy.

Mia schüttelte lachend den Kopf.

„Männerfeindlich? O nein! Ich wünschte nur, es käme mir einmal ein wirklicher Mann in den Weg, einer, der nicht rechts und nicht links blickte, der fest und gerade auf sein Ziel losginge und nur mich, mich ganz allein wahr und ehrlich liebte, dem es ganz gleichgültig wäre, ob ich reich oder arm bin. Aber — ich glaube, so einen Mann gibt es nicht."

„Das wäre schlimm, Mia. Du tust nur wahrhaftig leid mit Deinem quälenden Mißtrauen den Männern gegenüber."

„Liebes Seelchen, ich tue nur selbst damit leid. Und eines Tages gehe ich doch vielleicht bei aller Vorsicht und allem Mißtrauen einem Mitgiftjäger ins Garn, der mich mit Anmut zu betrügen weiß."

Hardy faßte ihre Hand.

„Du bist töricht, dich so zu quälen, Mia. Bist du dir so wenig deines Wertes bewußt? Weißt du nicht, daß du auch ohne deinen Reichtum ein liebenswerter Mensch bist?"

Mias Lippen zuckten leise.

„Leider beachtet kein Mensch neben meinem Reichtum meine Persönlichkeit. Das eben ärgert und reizt mich. Ich bin mir wert genug, um meiner selbst willen geliebt zu werden, nicht als Zugabe zu meinem Gelde. Aber lassen wir das jetzt, wollen wir gar nicht an solch unerfreuliche Dinge denken. Ich freue mich, daß du bei mir bist."

„Ach Mia, wie sehr ich mich darüber freue, kannst du nicht ahnen."

„Wie war es in Nizza, Hardy?"

Das Gesicht der Gefragten errötete sich jäh.

„Wundervoll, Mia! Nur wurde leider unser Aufenthalt dort zu schnell abgewochen. Ich habe nie schönere Tage verlebt als dort."

Mias Grübchen zuckten.

„Du bist eben sehr rot geworden, Hardy — und deine Worte klangen schwärmerisch. Aber ich will nicht taktlos sein und fragen. Ich will mich nicht in dein Vertrauen drängen."

Ein wenig verlegen schüttelte Hardy den Kopf.

„Es gibt nichts anzuvertrauen, liebste Mia. Aber ich erzähle dir gelegentlich von allem, was ich in Nizza gesehen und erlebt habe. Es waren Sonnentage voll leuchtender Schönheit für mich, wie ich sie nie mehr erleben werde. Aber sie waren fast unwirklich, wie ein Traum."

Mia sah sie schelmisch an.

„Die Geschichte, die du mir erzählen willst, wird aber doch einen Helden haben?"

Wieder errötete Hardy.

„Einen Helden? Ja — natürlich, Mia — aber dieser Held ist namenlos geblieben und ich habe nicht ein einziges Wort mit ihm gewechselt."

„O weh — das ist freilich wenig."

Hardy lächelte verträumt.

„Menschen meines Schlages müssen bescheiden sein."

Der Wagen fuhr in schnellstem Tempo dahin und nach kaum einer Viertelstunde hielt der Wagen vor dem Portal der Villa Speyer.

Im Vestibül wurden die jungen Damen von Tante Klementine begrüßt. Hardy küßte ihr die Hand.

„Ich freue mich, dich wiederzusehen, Tante Klementine."

„Die Freude ist gegenseitig. Wie geht es dir, Hardy?"

„Danke — augenblicklich sehr gut — ich bin ja bei Euch."

Hardy hatte ein warmes, wohliges Gefühl. In diesem Hause fühlte sie sich heimisch. Mia verstand es in ihrer warmherzigen Art so gut, sie mit Behagen zu umgeben. Wie ein lieber, ersehnter Gast wurde Hardy behandelt.

(Fortsetzung folgt.)